

„Immer wieder ,Deutschland, Deutschland über alles ...“

Zum 16. /17. Juni 1953

Von Gunther Duda

*„Die Revolution ist die Notwehr
des Volkes, das in seinen heiligsten
Rechten gekränkt ist.“*
Lothar Bucher, 1890

Volkes Stimme

Was nur ist in die Meinungsbildung der Bundesrepublik Deutschland gefahren? Hörten die Deutschen über den 17. Juni 1953 für Jahrzehnte hin fast nur unverbindliche Sonntagsreden, aber von keinen Taten, so überflutete man sie heute mit von oben angeregten über 700 Gedenkveranstaltungen zur Sicherung der Vergangenheit. Anstoß dafür wurde die Empfehlung vom Juni 2002 aus der „*Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur*“ unter Pfarrer R. Eppelmann an die „*Träger der politischen Bildungsarbeit, Wissenschaftseinrichtungen, Gemeinden und Landesregierungen*“. Er löste damit die derzeitige „*deutsche Erinnerungskultur*“ mit Fernsehsendungen, Spielfilmen, Dokumentationen, Ausstellungen, Vorträgen, öffentlichen Aussprachen, Filmwettbewerben, mindestens 16 Buchveröffentlichungen und Zeitzeugenberichten aus. Angesichts dieses ungewohnten Eifers fragte sogar eine Nachrichtensprecherin des Fernsehens, zeugt dies nicht von schlechtem Gewissen?

In der Tat, dafür gäbe es Gründe übergenug, vorausgesetzt, die Politik kennt überhaupt Gewissensbisse ihren Völkern gegenüber! Der erste Volksaufstand fast der gesamten DDR gegen den übermächtigen Kommunismus war nämlich der Donner- und Faustschlag der Geschichte auf die völkerverachtende Unpolitik der Tyrannis der Weltmächte. Geriet doch die rote Weltrevolution dadurch ebenso in Gefahr wie das römisch-freimaurerische Paneuropa. Hellmut Diwald stellte schon 1978 fest:

„Die Mitteldeutschen revoltierten für eine Freiheit, die durch die Westmächte, die sich seit Beginn des Kalten Krieges als Hort der Freiheit empfahlen, genauso verlorengegangen war wie durch die Sowjets.“

Und Karl v. Unruh konnte am 9.7.1953 im „Der Quell – Zeitschrift für Geistesfreiheit“ schreiben: *„Der Marsch der Arbeiter hat das Tor zur Freiheit geöffnet. Mag Zeit vergehen, mögen Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden sein, die Tage der Trennung der Deutschen sind gezählt. Das danken die Deutschen ihrer inneren Widerstandskraft, die sie sich trotz Parteipolitik und überstaatlichen Einflüssen bewahrten. Die Volksseele sprach ihr nun nicht mehr zu überhörendes Wort: ‚Es lebe die Freiheit!‘“*

Trotzdem, die furchtbare Verantwortungslosigkeit Moskaus, diesen deutschen Freiheitskampf blutig niedergewalzt zu haben, bleibt und ebenso die der tatenlos zuschauenden Westmächte und der Bundesrepublik Deutschlands. Sie sabotierten die Gunst der Stunde von 1952, mit Stalin zu verhandeln. Anders hätte unser Volk wesentlich früher seine Einheit gewinnen können. Auch die Aufstände in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in Prag 1968, in Polen 1981 und in Rumänien 1989 wären nicht ausgebrochen.

War es etwa dieser Frevel, daß der 16./17. Juni 1953 jahrzehntelang ein gemiedenes, ja gerade auch für die Leitung der Bundesrepublik Deutschland überaus peinliches „*Stiefkind der Erinnerungspolitik*“ wurde? Mahnte deshalb nur eine einzige Straße an ihn, nämlich in Taucha, einer kleinen Stadt bei Leipzig? Warum errichtete Bonn nirgends eine würdige Gedenkstätte? Warum verlegte es sogar seinen einzigen nationalen Feiertag, den „*Tag der deutschen Einheit*“, nicht auf den 9. November, sondern auf den 3. Oktober? Soll nur dieses Datum eines juristischen Vorganges im Gedächtnis bleiben und keineswegs die erste dauerhaft geglückte deutsche Revolution? Und das, nachdem man es überdies seines nationalen Charakters dadurch beraubte, daß man alle Erinnerungen an die Ereignisse des Juni 1953 vermied (Diwald). H.-J. Neubauer, weiß er die Antwort?

„Das Gemeinschaftsgefühl der vereinten Nation sollte sich nicht auf jene Momente zivilen Ungehorsams und Widerstands in der deutschen Geschichte gründen, sondern auf einen staatspolitischen Akt. Seither verbaut die ‚große‘, offizielle Geschichte der Macher den Blick auf ihre Schwester, die der kleinen Leute, dessen Namen niemand kennt. Erinnerungsstrategisch gesehen, ist Deutschland ein Revier der Politiker, nicht der Bürger.“ (Rhein. Merkur, RM, 12.6.2003)

Oder erklärt allein die Jubiläumszahl diese „*Renaissance des 17. Juni*“ (R. Eppelmann)? Wohl kaum! Stärkeres wirkte hier mit. Beschrieben wird das als „*Wandel im Umgang mit diesem Freiheitskampf*“ vor einem halben Jahrhundert. Man erkenne heute, diese spontane Volkserhebung führte zur friedlichen und erfolgreichen Revolution von 1989, wie schon

E. Mielkes besorgte Frage vom 31. August 1989 verriet: Ist es so, „*daß morgen der 17. Juni ausbricht?*“ Was 1952 fehlgeschlug, gelang 1989! Heute urteilt die Presse: „*Die Opfer der SED-Diktatur waren in Zeiten der Entspannungspolitik so unbequem wie im wiedervereinigten Deutschland. In der DDR war ihr Leiden tabu, heute bleibt es lästig – für die einstigen Täter selbst und vor dem Hintergrund einer Ideologie, die Deutschen den Opferstatus generell abspricht.*“ (RM)

„*Die Erinnerungskultur Deutschlands wandelt sich. Heute wäre es nicht mehr so einfach wie noch 1990, den Tag der deutschen Einheit vom 17. Juni auf den 3. Oktober zu (ver)legen.*“ (s. o.)

Staatlicherseits erwartet man von der gegenwärtigen Gedenkwelle, sie möge dem kostbaren Gut Demokratie und dem Wert der Freiheit neue Bedeutung verleihen und die Wachsamkeit gegenüber den Gefahren, die der Demokratie drohen, schärfen. Die Auseinandersetzung mit dem Volksaufstand von 1953 und dessen „*Scheitern*“ mache deutlich, wie notwendig es ist, „*Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen und zu stärken*“. „*Erinnerungsarbeit*“ unter der fast geschichtslos gehaltenen Jugend sei nötig, damit nie wieder Diktatur entstehe. 83 Prozent der befragten Deutschen unter 24 Jahren wissen nicht, was sich damals ereignete! Nach den Tagesmeldungen wurden Jugendliche für diese Aufklärungsarbeit schon eingesetzt. Bleibt nur die Frage, welche Erinnerungen und Lehren sie hören und verbreiten!

Was geschah vor 50 Jahren?

Das Deutsche Reich wird 1945 völkerrechtswidrig von den Siegern zerrissen und die Reichshauptstadt in eine Viersektorenstadt aufgeteilt. Die USA, England, Frankreich und die Sowjetunion sprechen sich die Vollzugsgewalt zu. Sie verordnen die unselige Entnazifizierung und genehmigen die Neugründung von SPD, CDU, Demokratischer (Zonen)partei und des Freien Gewerkschaftsbundes. Am 22.4.1946 werden im sowjetischen Sektor Berlin die kommunistische und sozialdemokratischen Parteien zur marxistisch-leninistischen Einheitspartei – SED – zwangsvereinigt. Die einzige und letzte freie Wahl der Berliner Volksvertretung erfolgt am 20.10.1946. Die SPD gewinnt 48,7 Prozent, die CDU 22,1 Prozent, die LPD 9,4 Prozent und die SED 19,8 Prozent der Stimmen. Im Jahr 1948 kommt es zur Bildung der „*Trizone*“, zur Einführung der D-Mark auch in Westberlin und zur Berliner Blockade und Luftbrücke. Am 1. Juli beenden die Sowjets die Viermächteverwaltung von Berlin. Seit dem 20. August 1948 errichtet die SED die von Moskau

und den USA abgeseignete Mordgrenze mitten durch unser Volk und Land. Schon 1961 mußten 180 ermordete Flüchtlinge, 54 000 Selbstschußanlagen und 55 000 wegen „*Fluchtdelikten*“ zu Haftstrafen verurteilte Deutsche gezählt werden (Der Quell, 1962, S. 910). Etwa 300 000 Westberliner fordern am 20. August vor dem Reichstagsgebäude die deutsche Freiheit. Kommunistisch gelenkte Demonstranten stürmen am 8.9.1948 das Berliner Rathaus und verhindern die Weiterarbeit des Magistrats. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und die der DDR am 30. Mai 1949 und ihre ideologische, politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung in ihre Blöcke zementieren für ein halbes Jahrhundert die Spaltung unseres Volkes und Europas. Anfang der fünfziger Jahre erreicht der „*Kalte Krieg*“ seinen Höhepunkt, aber ebenso die ständig wachsende Fluchtwelle aus der DDR. 1951 sind es 165 648, 1952: 182 393, 1953: 331 390 und 1954: 184 198 Deutsche. Auch in den sowjetischen Satellitenstaaten regt sich der Widerstand gegen den Stalinismus. Durch die üblichen Schauprozesse, Todes- und Freiheitsstrafen versucht Moskau, ihm Herr zu werden.

Für den Ausbruch des Volksaufstandes, dessen Beginn die Forschung schon auf den Spätherbst 1952 und sein Ende über den 17. Juni 1953 hinaus ansetzt, werden drei politische Ereignisse als maßgeblich genannt:

- Die Stalin-Note vom 10. März 1952 an die drei Westmächte zur Aufnahme neuer Verhandlungen über Deutschland mit dem Ziel der „*Herstellung der deutschen Einheit und dem Abschluß eines Friedensvertrages*“.
- Die 2. Parteikonferenz der SED vom 12.7.1952, die den „*planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR*“ beschließt.
- Stalins Tod am 5. März 1953, die Bildung einer neuen „*kollektiven Führung*“ der KPdSU sowie der sowjetischen staatlichen Administration, welche einen „*Neuen Kurs*“ im Gesamtgebiet des Sozialismus anstrebt.

In dieser angespannten Lage schlägt also Stalin 1952 dem Westen die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen über Deutschland mit dem Ziel vor, die Einheit wiederherzustellen, eine gesamtdeutsche demokratische Regierung zu bilden und mit ihr einen Friedensvertrag abzuschließen. Deutschland soll eine kleine Armee zur Selbstverteidigung erhalten; es müsse „*friedliebend*“ sein und dürfe sich an keinem militärischen Bündnis beteiligen. Nach Abschluß des Friedensvertrages werden die Sieger ihre Truppen vollständig aus Deutschland abziehen.

Damit steht Deutschland als Ganzes wieder auf der Tagesordnung, aber ebenso die Zukunft der DDR. Walter Ulbricht drängt, den anderen Staaten des Ostblocks gleichgestellt und als „sozialistischer“ Staat anerkannt zu werden. Stalin setzt zwar den Notenwechsel mit dem Westen fort, gibt aber der SED zugleich grünes Licht für ihren „Aufbau des Sozialismus“. Der heißt: radikal-revolutionäre Umgestaltung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen im abgetrennten Mitteldeutschland. Es kommt zur weiteren Zentralisierung der Verwaltung, strikten Umgestaltung der Justiz in ein der SED höriges Terrorwerkzeug, zum Aufbau der Streitkräfte nach sowjetischen Muster und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. In kürzester Zeit verschlechtert sich die Versorgungslage katastrophal. Schon im Herbst 1952 erfolgen die ersten Arbeitsniederlegungen.

Die Privatwirtschaft gerät nun mehr und mehr in den Ruin oder die Unternehmer werden zur Flucht in den Westen getrieben. In der Wirtschaft erhält der Schwermaschinenbau und die Ausrüstung der sowjetische Montan- und Rüstungsindustrie das Übergewicht. Die 2. Parteikonferenz vom 9. bis 12.7.1952 merzt die Reste der „bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“ und der Privatwirtschaft rücksichtslos aus. Da nach Stalin der Aufbau des Sozialismus „gesetzmäßig“ mit einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ verbunden sei, müsse der Kampf gegen Volksfeinde, Spione, Saboteure und feindliche Elemente aller Art verstärkt und mit großer Härte geführt werden. Das erfordert auch die Erhöhung der Arbeitsdisziplin und Anhebung aller Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent bei unverändertem Lohn.

Vom 2. bis 6. Juni 1953 übergibt der Kreml der SED geheim sein Memorandum „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“ mit der strikten Auflage, die Krise durch eine Änderung des bisherigen Kurses zu entschärfen. Die entscheidende Aussage des am 9.6.1953 verkündeten „Neuen Kurses“ lautet:

Das Politbüro des ZK der SED geht davon aus, daß seitens der SED und der Regierung eine Reihe von Fehlern begangen wurden. Aufgezählt werden viele Verhärtungen, die mit dem „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ seit Herbst 1952 verfügt worden waren. Zahlreiche Unterdrückungsmaßnahmen gegen Bauern, Mittelstand und Kirchen sollen zurückgenommen und die „Rechtssicherheit allgemein erhöht“ werden. Erhalten und gegen alle Arbeiterproteste als unerläßlich für den wirtschaftlichen Erfolg verteidigt, bleibt die Verfügung vom 14. Mai 1953 über die 10prozentige Erhöhung der Arbeitsnormen. Das Parteivolk

wird von dieser Wende verunsichert, die Bevölkerung sieht in ihr Schwäche, ja, eine politische Bankrotterklärung.

„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ (Theodor Körner, 1813)

Die geforderte Steigerung der Arbeitsleistung empört selbstredend die übergenug ausgebeuteten Arbeiter. Sie führt schon am 15. Juni zu ersten Protestmärschen von Bauarbeitern. Am 16. Juni geht einer von der Stalinallee zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Unterwegs schließen sich weitere Demonstranten an. Sie wollen zu Ministerpräsident Grotewohl um ihre Unzufriedenheit, Wut und Verzweiflung loszuwerden. Da der aber nicht im Haus ist und das nicht geglaubt wird, brechen Unruhe und Sprechchöre aus: *„Wir wollen freie Menschen sein“*. Der Industrieminister wird niedergebrüllt. Der Zug, ständig verstärkt durch weitere Protestierer, setzt sich in Richtung Alexanderplatz in Bewegung und ruft zum Generalstreik für den nächsten Tag auf. Nachts pinseln Arbeiter Losungen wie *„Freiheit“*, *„Freie Wahlen“* oder *„Streik“* an die Wände. Auf der für den Abend einberufenen Bezirksversammlung der SED nimmt Grotewohl zu spät die Normenerhöhung zurück.

Allein in Ostberlin werden es 100 000 Menschen, die *„Freiheit“*, *„Nieder mit der SED“*, *„Rücktritt der Regierung“*, *„Freie Wahlen“*, *„Einheit Deutschlands“*, *„Freilassung der politischen Gefangenen“*, *„Abzug der Besatzungsmächte“*, *„Demokratie“*, ja auch die Beseitigung der Oder-Neiße-Linie fordern. Rund 500 000 Streikende sammeln sich in 539 Betrieben, um in einer flächendeckenden Aufstandsbewegung gegen das kommunistische Zwangsgebilde zu stimmen. Auch die Landbevölkerung schließt sich an, schon des unerfüllbaren *„Abgabensolls“* wegen und ebenso zahllose Volkspolizisten. In 700 Städten und Gemeinden kommt es zu Demonstrationen und Streiks. Die Aufständischen befreien Häftlinge und erstürmen Gebäude der Partei und des Staates. 217 von 2 000 LPGs lösen sich auf, 277 beabsichtigen es. 1953 verlassen 4 296 Mitglieder die SED, 26 416 werden ausgeschlossen.

Als der in Westberlin studierende Wolfgang Venohr am 17. Juni früh um acht Uhr an der Stalinallee aus der S-Bahn aussteigt, fördert ihn eine riesige Demonstration auf, mitzumarschieren. Als er als Westberliner zögert, ruft sie ihm zu *„Quatsch! Wir sind alle Deutsche! Reih' dich ein!“* *„Also marschierte ich mit.“*

Der *„Jungen Freiheit“* (JF) vom 13.6.2003 berichtet er:

„Ja, um acht Uhr ging es noch um zu hohe Preise und unerfüllbare Arbeitsnormen, doch gegen halb zehn etwa hatte sich der Protestmarsch schon zum nationalen Aufstand ausgeweitet. Die Forderungen waren jetzt: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und die deutsche Einheit. ‚Berliner, reiht euch ein, wir wollen alle Deutsche sein‘ war nun die Losung.“

Auf die Frage, wie es denn überhaupt möglich war, einen DDR-weiten Aufstand über Nacht zu organisieren, gibt Venohr zwei Erklärungen: „das Telefon und der Rias (Rundfunk im amerikanischen Sektor), der damals einen ungeheuren Einfluß auf die Menschen in der SBZ hatte. Die Spannung der Unzufriedenheit war landauf, landab vorhanden, ein Funke genügte und die Revolution brach überall aus ...“

Ja, es gab grundsätzlich auch Unzufriedenheit aus nationalen Gründen wegen der Anwesenheit der Besatzungsmächte und der sich vertiefenden Spaltung – „Dieser nationale Unmut hat sich dann im Verlauf des Vormittags in Ostberlin ja auch artikuliert. Aber dieser Punkt war natürlich nicht der Teil der angespannten Stimmung, als die Krise am 16. Juni und am Morgen des 17. Juni ausbrach. Wie hätte man auch erst einige Jahre nach dem Krieg in der DDR angesichts der Sowjetpräsenz für eine unabhängige Deutschlandpolitik demonstrieren sollen? Dann aber im Verlauf des Vormittags des 17. Juni schien auf einmal alles möglich zu sein. Die Sowjets griffen zunächst nicht ein, im Gegenteil, die Russen gaben sich zunächst erstaunlich entspannt. Plötzlich schien es möglich, das zu fordern, was man sich wirklich wünschte, was man mehr noch als die Rücknahme der Normenerhöhung und der überhöhten Preise wollte: Freiheit und Einheit! Also begann man das Deutschlandlied zu singen, auf einmal waren überall schwarzrotgoldene Fahnen zu sehen und auf dem Brandenburger Tore wurde die Deutschlandfahne gehißt.“

Diese Fahnen kamen keineswegs aus dem Westen, teilweise hatten sie Löcher in der Mitte, man hatte das DDR-Wappen herausgeschnitten. „Und dann sang alles ‚Deutschland, Deutschland über alles‘, die Leute haben geweint. Manche auf den Knien gelegen – ich dachte, ich werde wahnsinnig, so mitreißend war das. Und wenn man die Berichte über den 17. Juni in anderen Städten der DDR liest, dann stellt man fest, daß die Menschen überall das Deutschlandlied gesungen haben. Und es wurde immer wieder angestimmt.“ Dasselbe in Jena: „Immer wieder ertönte die erste Strophe des Deutschlandliedes ... Es war ein bewegendes Erlebnis wie Tausende spontan zu singen begannen.“

„Die Teilnehmer des Aufstandes waren alle zwischen zwanzig und vierzig Jahre alt. Also die Jahrgänge 1915 bis 1935, ergo waren die meisten von ihnen in der HJ und bei der Großdeutschen Wehrmacht gewesen – völlig klar,

wo sollten sie denn sonst herkommen? Dieser Umstand hatte aber nichts mit einer politischen Ausrichtung zu tun, insofern ist das Argument ‚ehemalige Nazis‘ völlig unsinnig. Ich glaube sogar, weil so viele ehemalige Soldaten dabei waren, verlief der Aufstand der Ost-Berliner Arbeiter so diszipliniert und mit Achtung vor der Besatzungsmacht.“ In Jena zerschlug man die aufgefundenen Waffen; niemand nutzte sie. Andernorts kam es jedoch zu Gewalttätigkeiten und Zerstörungen, vermutlich auch provoziert.

(wird fortgesetzt)